

# Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

Die Bedeutung der *Moskauer Konferenz* in der augenblicklichen politischen Lage und die Gründe, welche die Sowjetregierung bewogen haben, sie einzuberufen, bildeten das Thema eines in der Zeitung *La Voce Repubblicana* vom 1. 12. erschienenen Leitartikels. Die Zeitung «Economist» hatte geäußert, Moskau drohe mit dieser Konferenz eine Art osteuropäischer Verteidigungsgemeinschaft feierlich zu begründen. Der Verfasser macht indessen darauf aufmerksam, daß eine solche bereits besteht, denn alles, was in Westeuropa noch zur Diskussion steht, wie Ausrüstung, Bewaffnung und militärische Integration, ist im Osten eine seit Jahren existierende Tatsache. Die wahren Gründe der Moskauer Konferenz können folgendermaßen umschrieben werden. Erstens sind sie propagandistischer Art, um vor allem auf die neutralistischen Kreise von Paris und Bonn einen Druck auszuüben. Zweitens geht es darum, die militärische Besetzung der Satellitenstaaten zu legalisieren und drittens darum, durch verstärkten Druck die neutralistische Haltung Jugoslawiens zu bekräftigen, so daß vom militärischen Standpunkt aus der Balkanpakt unwirksam gemacht und auf ideologischer Ebene der Titoismus neutralisiert wird. So bedeutet die Moskauer Konferenz den Anbruch einer neuen, ausgedehnteren Phase der internationalen Politik. Mit anderen Worten: auf den kalten Krieg folgt nun eine Politik des Abwartens. Es ist dies die letzte Karte, die der Kreml gegen die Ratifizierung der Pariser Abkommen auszuspielen hat.

Die älteste Tageszeitung Athens, *Le Messenger d'Athènes*, schildert in ihrer Nummer vom 10. 10. 1954 die bereits weitgehend verwirklichten Pläne der Sowjets, ein Moskau direkt unterstelltes *Ruhrgebiet des Ostblockes* zu bilden. «Man ist dabei, einen neuen ‚Staat‘ (soll heißen: unmittelbar sowjetisches Gebiet) in Oberschlesien zu schaffen. Die industrielle Bedeutung dieses Gebietes ist bekannt. Es war einst, in den 20er

Jahren, der Zankapfel zwischen Polen und Deutschland... In der Form eines Wirtschaftskonsortiums wurde in Stalinogorod, dem früheren Kattowitz, eine richtige Regierung eingesetzt. Das Gebiet umfaßt Polen, Tschechoslowaken und Slonzaken, selbstverständlich unter russischem Vorsitz, und ist unter dem Namen ‚Direktorat des Oder-Kombinates‘ bekannt. Dieses Gebiet hat mit den Regierungen von Warschau und Prag wenig zu tun und erhält seine Befehle direkt von Moskau.» Die Zeitung gibt sodann nähere Auskunft über die Slonzaken, einem vor den beiden Weltkriegen wenig bekannten slawischen Stamm, der in der früheren deutschen Zeit «Wasserpolen» genannt wurde. Den Versuchen, diese Leute zu polonisieren, hat Moskau glatt ein Ende gesetzt. — «Man sagt, es sei das Endziel des Kremls, aus diesem Gebiet eine neue ‚Republik‘ zu bilden. Seine Bedeutung ist zu groß, um es selbst auch nur nominell von Warschau oder Prag abhängen zu lassen. Das Oderkombinat würde für Rußland die gleiche Rolle spielen wie die Ruhr für Deutschland. Allein in den Werken von Nova Huta (Königshütte) wird mehr Stahl erzeugt als vor dem letzten Krieg in ganz Polen... Zum Schaden der Tschechoslowakischen Produktion wurden bereits schwerindustrielle Ausrüstungen aus Kosice (Slowakei) nach Mährisch Ostrau (das in diesem neuen Staat liegt) verlagert.» Das neue Staatsgebiet umfaßt 21 762 km<sup>2</sup>. «Es wäre dies also ein Staat, achtmal größer als Luxemburg, der vielleicht eines Tages den 17. Gliedstaat der Sowjetunion bilden könnte.»

Über die *Aufrüstung des Nordpols* macht *Werner G. Krug* recht interessante Angaben in der *Deutschen Rundschau* (Baden-Baden, Oktober 1954), die durch die Eröffnung der polaren Fluglinie von Oslo nach Los Angeles noch an Aktualität gewonnen haben. Sie demonstriert, daß die kürzesten Verbindungslinien zwischen den wichtigsten Zentren der nördlichen Halbkugel über

den Pol führen und daß damit die polare Eiskappe mehr und mehr zum Zentralpunkt des Weltgeschehens wird. Im Wettlauf um die Beherrschung dieser ewigen Eisgebiete hat sich die Sowjetunion weitaus den größten Sektor von der nördlichsten Spitze Sibiriens über den Pol bis Petsamo gesichert. Der amerikanisch-kanadische Sektor reicht von der Beringstraße über den Pol bis Grönland. Dazwischen sind schmalere Sektoren Dänemarks und Norwegens eingekeilt. Russische Stützpunkte auf der Kamtschatka-Halbinsel und der Tschuktschen-Halbinsel in der Beringstraße sind die einzigen Absprungbasen der Sowjets, von denen aus Bombenangriffe auf amerikanische und kanadische Rüstungszentren möglich sind. In diesem fernöstlichen Militärbezirk unterhalten die Russen drei Polararmeen mit 25 Divisionen, die für arktische Kriegsführung hervorragend ausgerüstet und geschult sind. Auf arktischen Luftbasen stehen Hunderte von TU-4 Fernbomben und Atombomber TU 140 und TU 150. Auf triftigen Eisinseln in Polnähe befinden sich Beobachtungsstützpunkte, die ausschließlich aus der Luft versorgt werden. Auf der andern Seite arbeitet auch Amerika an einem Sicherheitsprogramm in seinen arktischen Gebieten. Im Mittelpunkt seiner Polarstrategie stehen zehn große Militärstützpunkte, Luft- und Marinebasen allein in Alaska. Unter Aufwendung von Milliarden Dollar wird an dieser größten Baustelle der westlichen Welt gearbeitet. Die USA und Kanada führen gemeinsam jeden Winter arktische Manöver durch bei 50 bis 60 Grad unter Null. In Kanada befinden sich von beiden Staaten gemeinsam unterhaltene landfeste Stützpunkte. Von weitaus größter Bedeutung für die polare Strategie des Westens ist Grönland, wo rund 6000 amerikanische Soldaten stationiert werden und drei große Luftstützpunkte vor der Vollendung stehen. In Thule bauten die USA unter strengster Geheimhaltung in zwei Jahren einen der größten Luftstützpunkte auf Gletschereis. Auch auf Island unterhalten das NATO-Kommando und die amerikanische Luftwaffe noch große Stütz-

punkte, deren Bedeutung aber gegenüber den grönländischen Stützpunkten zurückgegangen ist. — Ergänzend erwähnen wir den Artikel *Mittelmeer der Zukunft* von *Vitalis Pantenburg* im *Rheinischen Merkur* (26. 11. 54), aus dem hervorgeht, daß ein Flug über die Arktis weder ungewöhnlich noch riskanter ist als ein Flug mit einer Verkehrsmaschine über die Meere von Kontinent zu Kontinent. Das Wetter macht weit weniger Schwierigkeiten als über dem so stark überflogenen Nordatlantik. Die Temperaturen über der Zentralarktis, bezogen auf die normalen Flughöhen der Verkehrsmaschinen, sind nicht niedriger als in mittleren Breiten. Die Flugsicherheit ist keineswegs geringer als in andern Gebieten, sofern die erforderliche Bodenorganisation den hochpolaren Bedingungen angepaßt ist. Um das Netz arktischer Fluglinien zu erweitern, fehlen heute noch vermehrte gut eingespielte Bodenorganisationen und noch in höherem Maße Funkwetterwarten und Funklotsenstationen. Vor allem fehlt das friedvolle Zusammenarbeiten der beiden Mächtegruppen West und Ost, die am Pol unmittelbare Nachbarn sind und im schärfsten Wettbewerb um die Militarisierung der Arktis stehen.

Die Monatsschrift des *Internationalen Presseinstituts* in Zürich, die *I.P.I. Rundschau*, veröffentlicht in ihrer Dezembernummer interessante Angaben über die Einschränkung der Pressefreiheit in neun außereuropäischen Ländern. Wir geben die entsprechenden Angaben über Algerien und Argentinien wieder. *Algerien*: «Nach dem Ausbruch von Unruhen ergriffen die Behörden Maßnahmen gegen nationalistische und kommunistische Veröffentlichungen. Das Wochenblatt der algerischen kommunistischen Partei, *Liberté*, wurde wegen Veröffentlichung eines Artikels, ‚der die öffentliche Ordnung gefährden könnte‘, beschlagnahmt. Drei nationalistische Wochenblätter, *La Nation Algerienne*, *L'Algérie Libre* und ein in arabischer Sprache erscheinendes Blatt, wurden gleichfalls in den Druckereien beschlagnahmt.» — *Argentinien*: «Die Behörden belegten die Druckerei des in der

Provinz Salta erscheinenden Blattes *El Intransigente* mit Beschlag und ordneten an, daß die Pressen binnen drei Monaten versteigert werden müssen. Die Zeitung war 1950 verboten worden, und ihr Chefredakteur, David Michael Torino, verbrachte nahezu zwei Jahre im Gefängnis... Der Postversand zum normalen Preis für Zeitungen wurde für die in Chascomus erscheinende radikale Zeitung *El Argentino* eingestellt. Ein anderes Organ der radikalen Partei, *El Litoral*, wird sein Erscheinen demnächst wegen Mangels an Druckpapier (das von der Regierung zugeteilt wird) einstellen.»

In der christlich-demokratischen Tageszeitung *Il Popolo* (Rom) weist *Rodolfo Arata* in seinem Artikel *Sozialer Wendepunkt der Montanunion* darauf hin, daß der Untergang der EVG auf die Existenz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl keine negativen Einflüsse ausgeübt habe. Trotz einiger verständlicher Befürchtungen hat die Montanunion bereits in der ersten Zeit ihres Bestehens ihre Lebenskraft und ihre Daseinsberechtigung bewiesen. Der Verfasser belegt dies mit einigen Zahlen: in den ersten elf Arbeitsmonaten ist die Leistungsfähigkeit der italienischen Eisenindustrie für Gußeisen um 375%, für Stahl um 76% gestiegen. Der Kohlenaustausch zwischen den sechs die Gemeinschaft bildenden Ländern hat um 20% zugenommen. Vom Ausgleichsfonds für die Kohlenpreise hat Italien 2 415 000 Dollar bezogen, während die Hohe Behörde für den Arbeitsaustausch von einem Kohlenbecken ins andere und für den Lohnausgleich im Jahre 1953 7 Millionen Dollar bewilligt hat. Die Bilanz der Montanunion ist demnach aktiv; sie muß aber durch eine Ausgangsbilanz, die in stärkerem Maße sozialen Charakter aufweist, ergänzt werden. Es ist notwendig, zu einem freien Arbeitsaustausch in den beteiligten Staaten zu gelangen und zu einer Vereinheitlichung der wichtigsten Sozialgesetze.

Gegen die hypertrophisch ausgewachsene Anwendung von Superlativen in der ökonomischen Diskussion zieht

der Mitherausgeber der Frankfurter *Gegenwart*, Dr. Fritz Hauenstein, in einem lesenswerten Aufsatz unter dem Titel: *Wirtschaftspolitische Übertreibungen* (Nr. 19/1954) mit scharfer Ironie zu Felde. Er hält sich an zwei Beispiele aus der letzten deutschen Wirtschaftsgeschichte: die Begründung und Beurteilung von Lohnforderungen und Streiks und die Übertreibung in der Darstellung der Ernteschädigung durch das regnerische Sommerwetter. An Hand amtlichen statistischen Materials beweist Hauenstein, daß in beiden Fällen die tatsächliche Entwicklung die Superlative in der wirtschaftlichen Berichterstattung Lügen gestraft hat. In der Bundesrepublik — so führt er aus — wurden 1952 2529 und 1953 1395 Betriebe mit 84 097 (1952) und 50 625 Angehörigen bestreikt; rund 1,5 Mio Arbeitstage gingen 1953 verloren. Selbst wenn im laufenden Jahre diese Ziffern infolge des bayerischen Metallarbeiterstreikes steigen sollten, ist zur Legendenbildung keine Ursache gegeben. Das Bundeswirtschaftsministerium hat unbefangen festgestellt, daß ein starker Konjunkturaufschwung im Herbst zu erwarten ist. Zum Vergleich sind auch die Ziffern interessant, die Hauenstein bezüglich der Streikbewegungen in den USA wiedergibt: 1953 wurden dort durch 5090 Streiks 28,3 Mio Arbeitstage versäumt. — Als ein ebenso eklatantes Beispiel der zügellosen Panikmache bezeichnet der Verfasser die Beurteilung der deutschen Ernte. Daß die Schadensschätzungen der Interessenten bewußt viel zu hoch gegriffen sind, belegen jüngste Ausführungen des Bundesernährungsministers Lübke, wonach mit einer Getreideernte gerechnet werden kann, die noch um 3% über der Rekordernte des Vorjahres liegt! Von einem Notstand kann also auch hier nicht gesprochen werden. Hauenstein legt den Finger auf die nicht nur in Westdeutschland zu konstatierende Wunde, wenn er zum Abschluß mit Nachdruck betont, daß man den Staat nicht für jede Unbill haftbar machen darf, die einem Wirtschaftszweig widerfährt.